

KURZ NOTIERT von Ariane Grubauer

Diskussionen über Menschenrechtsverletzungen in West-Papua

Das *Legal Aid Institute Jakarta* (*Lembaga Bantuan Hukum*, LBH) berichtet in mehreren Reports auf seiner Homepage von einem dramatischen Anstieg gesetzeswidriger Verhaftungen in den indonesischen Provinzen Papua und West-Papua seit April 2016. Nach Angaben des LBH kam es bei mehreren friedlichen Demonstrationen im Mai und Juni 2016 zu kurzzeitigen Masseninhaftierungen. Allein in Sentani wurden am 15. Juni 2016 mehr als eintausend Demonstranten festgehalten. Zudem sollen einige der Inhaftierten geschlagen und die Demonstranten in mehreren Städten durch massive Polizeipräsenz eingeschüchtert worden

sein. Die Demonstranten waren u. a. für die Anerkennung des *United Liberation Movement for West Papua* als Vollmitglied der *Melanesian Spearhead Group*, für die Freilassung politischer Gefangener sowie für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen auf die Straße gegangen.

Die Polizei in West-Papua dementierte die Vorwürfe. Ihr Leiter, General Paulus Waterpaw, äußerte in der *Jakarta Post* vom 15.6.2016, das letztendliche Ziel der Demonstranten sei die Loslösung der Provinzen von Indonesien und damit seien die Demonstrationen nicht erlaubt: »Sie versuchen, sich dem Rechtsstaat zu widersetzen. Sie verstecken

sich hinter dem Recht auf freie Meinungsäußerung und internationalisieren das Thema.«

Mit diesen jüngsten Entwicklungen nimmt die Lage in West-Papua nach einer Periode relativer Offenheit wieder an Spannung zu. Präsident Jokowi hatte während seines Besuchs in West-Papua im Jahr 2015, in dessen Rahmen er auch fünf politische Gefangene freigelassen hatte, angekündigt, dass er die Tür für Demokratie in West-Papua soweit wie möglich öffnen wolle. Die damit geweckten Erwartungen wurden nach Ansicht vieler Aktivisten bislang nicht erfüllt.

Lembaga Bantuan Hukum Jakarta
6.6.2016, 6.7.2016
Jakarta Post 5.5.2016, 15.6.2016

Aufarbeitung der Ereignisse von 1965

Am 20. Juli 2016 verkündete das *Internationale Völkertribunal 1965* (IPT 1965) sein Urteil, nach dem die Morde an hunderttausenden Indonesiern, v. a. an angeblichen und tatsächlichen Kommunisten, im Zuge der Machtergreifung von General Suharto 1965 ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und »einer der größten Genozide des 20. Jahrhunderts« waren. Des Weiteren sprach das Tribunal das damalige indonesische Regime u. a. wegen willkürlicher Verhaftungen, Haft unter unmenschlichen Bedingungen, sexueller

Gewalt und Folter schuldig. An die jetzige indonesische Regierung wurden drei Empfehlungen ausgesprochen: (1) Entschuldigung bei den Opfern, Überlebenden und ihren Familien, (2) Aufklärung der Verbrechen und Verurteilung der Täter sowie (3) Zahlung einer angemessenen Entschädigung und Repatriierung derjenigen, denen damals die indonesische Staatsbürgerschaft aberkannt wurde. Der Vorsitzende Richter Zak Yacob bezeichnete das Urteil des IPT 1965 als »moralische Instanz der Opfer«, das jedoch keine bin-

dende juristische Wirkung habe. Letztgenannter Aspekt bestimmte auch die Berichterstattung in der indonesischen Tagespresse. Während offizielle Vertreter der indonesischen Regierung das Urteil zur Kenntnis nahmen und die Ereignisse von 1965 als Tragödie anerkannten, betonten sie andererseits, dass das Urteil Indonesien in keinster Weise rechtlich binde.

International People's Tribunal 20.7.2016
Kompas 20.7.2016, 21.7.2016, 22.7.2016
Jakarta Post, 20.7.2016
junge Welt, 21.7.16

Mit »Indonesischem Islam« gegen Terrorismus

Anfang Mai 2016 fand – organisiert von der *Nahdlatul Ulama* (NU) – der zweitägige *International Summit of Moderate Islamic Leaders* mit mehr als 400 Teilnehmern aus zahlreichen muslimischen Ländern statt. Themen waren unter anderem religiöser Extremismus und Terrorismus, welche durch radikale Ausle-

gungen des Islam gefördert werden.

Demgegenüber präsentierte die abschließende »*Jakarta Declaration*« den indonesischen Islam – *Islam Nusantara* – als friedlichen und toleranten Islam, der als Konzept für Konfliktlösungen weltweit dienen könne. Man wolle den indonesischen Islam nicht expor-

tieren, aber andere muslimische Gemeinschaften an die fruchtbaren Dynamiken erinnern, die der Islam im Kontakt mit lokalen Kulturen entfalten kann, so NU-Vorsitzender Said Aquil Siradj.

Republika 11.5.2016
Kompas 11.5.2016